



über
Herrn Oberbürgermeister
Sven Gerich

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an die Fraktion
FREIE Wähler/Bürgerliste Wiesbaden

Der Magistrat

Dezernat für Finanzen, Schule
und Kultur

Stadtrat Axel Imholz

26 . Juni 2018

18-V-06-0004

Anfrage der Fraktion FREIE Wähler/Bürgerliste Wiesbaden vom 30. Mai 2018, Nr. 78/2018 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage: Problem Elterntaxis

Das Problem der Elterntaxis vor Schulen nimmt offenbar zu. Eltern, die glauben ihre Kinder direkt vor dem Schultor absetzen zu müssen, verstopfen die Straßen und gefährden mit ihrem Verhalten dabei teilweise andere Verkehrsteilnehmer - auch Kinder.

Die Argumente sind dabei immer die gleichen: Der Schulweg und die Verkehrssituation vor der Schule sei so gefährlich, dass man sein Kind dort nicht unbegleitet hinschicken möchte. Dass die Verkehrssituation vor der Schule selbst verursacht ist, scheint viele Eltern nicht zu interessieren.

Einige Städte versuchen mit Infokampagnen, der Einrichtung von sogenannten Elternhaltestellen und der temporären Sperrung der Straße vor der jeweiligen Schule dem Problem Herr zu werden.

Es wird angefragt, welche Maßnahmen in den letzten Jahren ergriffen wurden, um die Situation vor den Wiesbadener Schulen zu entschärfen bzw. das Problem Elterntaxi in den Griff zu bekommen.

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Problem mit den Elterntaxis ist sowohl bei Dezernat VI als auch im Dezernat V bekannt. Von Dezernat V wurde mir zu diesem Problem mitgeteilt, dass die Verkehrsbereiche zu und vor Schulen im Rahmen des Regeldienstes von der Kommunalen Verkehrspolizei überwacht werden.

Dies trifft in besonderem Maße für die Überwachung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zu. Die Messungen werden einmal wöchentlich durchgeführt und finden zum einen im unmittelbaren Bereich der Schulen und zum anderen an Schulwegen statt, die von Schülerinnen und Schülern besonders stark frequentiert werden. Zudem reagiert das Straßenverkehrsamt auch auf Meldungen aus der Bevölkerung zu besonderen Situationen und es erfolgen einzel-fallbezogene Kontrollen.

Sofern die Kommunale Verkehrspolizei über besondere Situationen vor Schulen informiert wird, werden entsprechend Ordnungspolizeibeamtinnen und -beamte vor Ort eingesetzt, die regelnd eingreifen.

Weiterhin versendet das Straßenverkehrsamt zu Beginn eines jeden Schuljahres einen Informations-Flyer an Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, der auf die Gefahren hinweist, die durch den Bring- und Holverkehr entstehen.

Von Seiten des Schuldezernats wird zum Schulbeginn in dem an die Eltern der Schulneulinge gerichteten Elternbrief dargelegt, dass zu der Selbständigkeit, die das Schulkind zunehmend entwickeln muss, auch gehört, den täglichen Schulweg allein zu gehen. Für die Bewältigung des Schulweges zu Fuß werden für die Sicherheit des Kindes auf dem Schulweg im Elternbrief Hinweise gegeben. In dem diesjährigen Elternbrief habe ich auf die Problematik des „Elterntaxis“ extra hingewiesen.

Auch in dem Elternbrief der Verkehrswacht, die für die Schulneulinge die „Gelben Mützen“ bereit hält, wird auf Bitten des Schuldezernats darauf hingewiesen, davon Abstand zu nehmen, das Kind mit dem PKW zur Schule zu bringen.

Außerdem leitet das Schulamt den jährlichen Aufruf des Deutschen Kinderhilfswerks und des ökologischen Verkehrsclubs VCD unter dem Motto „Elterntaxis stehenlassen“ an die Grundschulen zur Teilnahme an den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ weiter.

Im Rahmen der Schulwegsicherung ist das Schulamt Ansprechpartner für Schulleitungen und Elternschaft. Hierzu gehören auch durch „Elterntaxis“ verursachte gefährliche Situationen. Die beim Schulamt eingehenden Meldungen und Beschwerden werden von dort an die zuständige Straßenverkehrsbehörde sowie an das Tiefbau- und Vermessungsamt weitergeleitet.

Weiterhin wurde mir vom Dezernat V mitgeteilt, dass die Thematik „Elterntaxis“ auch unter Klimaschutzaspekten zu betrachten ist, da sie (unnötige) Verkehrsbewegungen verursachen und somit aktiv zur CO₂-Erhöhung beitragen. Gleichzeitig ist die Thematik unter dem Aspekt Nachhaltigkeit zu betrachten, da auf diese Weise den Kindern keine nachhaltigen Mobilitätsformen vermittelt werden. Aus den genannten Gründen beinhaltet das Integrierte Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden (s. Beschluss Nr. 0537 vom 17.12.2015), neben fast 90 anderen, das Maßnahmenpaket „Mobilitätsmanagement für Kitas und Schulen etablieren“. Es ist Aufgabe der zuständigen Klimaschutzmanagerin, dieses Maßnahmenpaket zu initiieren. Dies ist ab dem Jahr 2019 eingeplant.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A.S. L. Z.', written in a cursive style.